



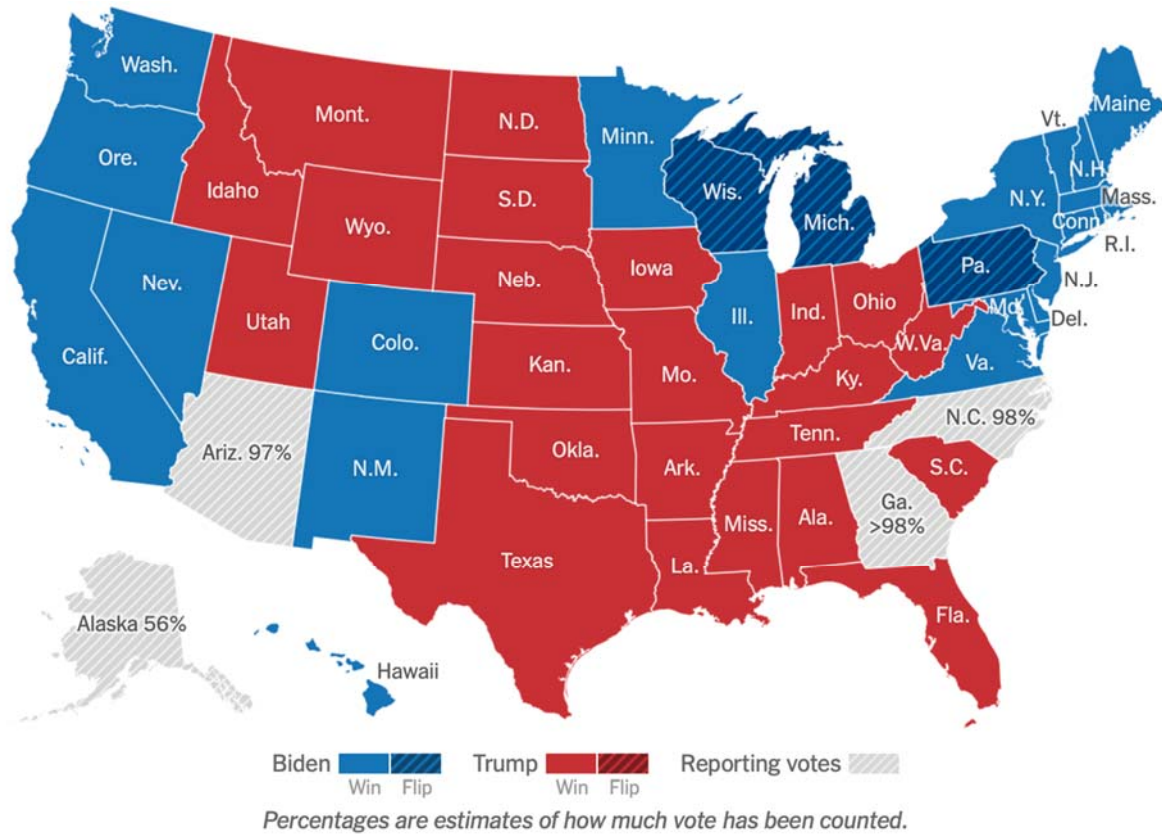
(Dis-)United States of America: Eine gespaltene Nation hat gewählt; Herausforderer Biden besiegt Amtsinhaber Trump deutlich

- ▶ 1. Zusammenfassung
- ▶ 2. Wahlergebnis
- ▶ 3. Was ist von einer Präsidentschaft Biden zu erwarten?
- ▶ 4. Wer hat wie gewählt?
- ▶ 5. Was folgt als nächstes?

1. ZUSAMMENFASSUNG

Der Kandidat der Demokratischen Partei und ehemalige Vizepräsident Joseph Robinette „Joe“ Biden Jr., hat die 59. Präsidentschaftswahl in den USA für sich entschieden.

Bis zur Verkündung der offiziellen Wahlergebnisse in den 50 Bundesstaaten wird es allerdings voraussichtlich noch einige Zeit dauern. Insbesondere in Staaten mit knappen Ergebnissen zugunsten von Biden ist mit juristischen Schritten der Trump-Kampagne zu rechnen, etwa in Pennsylvania, Georgia oder Michigan. Die Einsprüche werden zunächst auf Ebene der Bundesstaaten verhandelt, bevor sie ggf. vor den Obersten Gerichtshof (Supreme Court) gebracht werden können.



Der Wahlsieg von Joe Biden ist aus gewerkschaftlicher Sicht ausdrücklich zu begrüßen. Er gilt als gewerkschaftsnah und wurde im Wahlkampf vom AFL-CIO und seinen Mitgliedsgewerkschaften, darunter alle US-Gewerkschaften von IndustriALL, offensiv unterstützt. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hatten erheblichen Anteil an seiner Wahlkampagne und dem Ausgang der Wahlen.

Joe Biden und sein Wahlprogramm stehen für die Idee der Sozialpartnerschaft und den Anspruch, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, die Sozial- und Arbeitsgesetzgebung sowie die Arbeits- und Umweltstandards im Sinne der Beschäftigten zu verbessern. Längst überfällige Reformen sollen auf die politische Agenda gesetzt werden.

Teile seines Reformprogramms lehnen sich an die Praxis in Deutschland und Europa an. Deutsche Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, könnten der neuen US-Regierung in Bereichen wie (Unternehmens)Mitbestimmung, der Berufsausbildung oder Industrie 4.0 zukünftig mit ihrer Expertise beratend zur Seite stehen.

Bis zur Verkündung der offiziellen Wahlergebnisse der 50 Bundesstaaten wird es voraussichtlich noch einige Zeit dauern. Insbesondere in Staaten mit knappen Ergebnissen zugunsten von Biden ist mit juristischen Schritten der Trump-Kampagne zu rechnen, etwa in Pennsylvania, Georgia oder Michigan. Die Einsprüche werden zunächst auf Ebene der Bundesstaaten verhandelt, bevor sie ggf. vor den Obersten Gerichtshof (Supreme Court) gebracht werden können.

2. WAHLERGEBNISSE

Präsidentschaftswahl

Nach derzeitigem Stand holte Joe Biden mehr als 75,5 Millionen Stimmen und liegt damit bei der „Popular Vote“ mit mehr als 4 Millionen Stimmen vor dem amtierenden Präsidenten der Republikanischen Partei, Donald J. Trump. Biden konnte bis dato 24 von 50 US-Bundesstaaten für sich gewinnen und vereinigt 279 Wahlleutestimmen auf sich. Trump kommt auf 23 Staaten und 214 Wahlleute. Die Mehrheit liegt bei 270 Stimmen.



Der zuvor prognostizierte klare Wahlsieg Bidens blieb jedoch aus. Von einer Wendestimmung war wenig zu spüren. Stattdessen kam die erheblich höhere Wahlbeteiligung im Landesschnitt beiden Kandidaten zugute. Da in einigen besonders umkämpften Bundesstaaten derzeit Prüfungs- und Klageverfahren anhängig sind, ist zumindest dort mit den offiziellen Endergebnissen erst in einigen Wochen zu rechnen.

Repräsentantenhaus

Die Demokraten haben bei der gleichzeitig zur Präsidentschaftswahl stattfindenden Wahl zum Repräsentantenhaus leichte Verluste hinnehmen müssen. Sie verloren Mandate und erreichten bis dato insgesamt 213 Sitze. Im Gegenzug legten die Republikaner nach derzeitigem Stand zu und kommen jetzt auf 199 Abgeordnete. Die Mehrheit wird aller Wahrscheinlichkeit weiterhin in demokratischer Hand liegen. Das Repräsentantenhaus hat insgesamt 435 Abgeordnete. Die Mehrheit liegt bei 218 Sitzen. Die Legislaturperiode beträgt zwei Jahre.

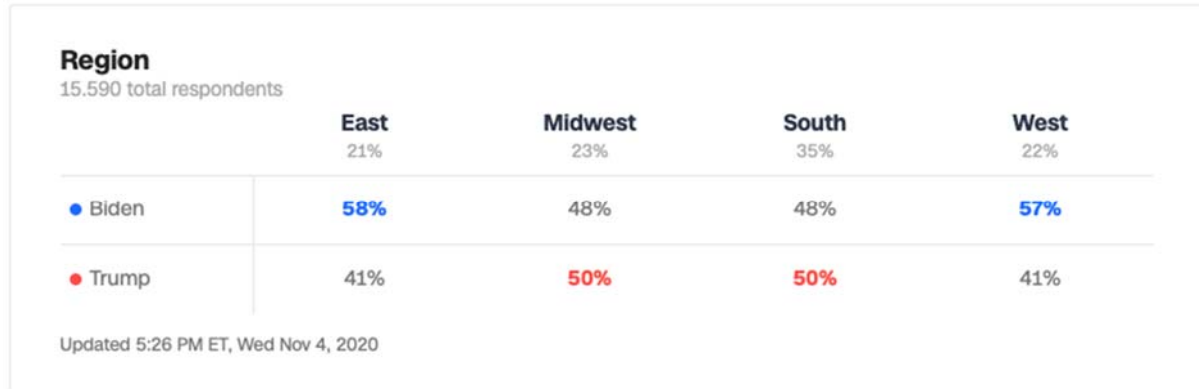
Senat

Ebenfalls zur Wahl stand rund ein Drittel der Sitze im 100-köpfigen US-Senat, in den jeder Bundesstaat zwei Senatoren entsendet. Er wird voraussichtlich auch zukünftig von den Republikanern kontrolliert. Die Demokraten verfügen hier nach aktuellem Auszählungsstand über 48 Sitze, die Republikaner kommen auf 48 Mandatsträger. 4 Sitze sind noch nicht entschieden. Senatoren werden für jeweils sechs Jahre gewählt. Der Senat ist neben dem Repräsentantenhaus und dem Präsidenten Teil der US-Bundesgesetzgebung. Darüber hinaus kommt ihm eine entscheidende Rolle bei der Ernennung politischer Beamten und von Richtern zu.

„Rust Belt“ und Südstaaten

Joe Biden ist es gelungen, die „Rust-Belt-Staaten“ Michigan (50,5 %), Pennsylvania (49,7 %) und Wisconsin (49,4 %), die so genannte „blue wall“ für die demokratische Partei zurückzugewinnen, nachdem sie 2016 knapp an Donald Trump gegangen waren. Sie galten als „Battleground-Staaten“ mit hoher symbolischer Bedeutung für Trumps

Anspruch, die Interessen der US-Industriearbeiterschaft zu vertreten. Die Ergebnisse waren allerdings, wie schon 2016, denkbar knapp. Nach aktuellem Stand gewann Biden in Michigan mit 2,8 Prozent, in Pennsylvania mit 0,5 Prozent und in Wisconsin mit 0,6 Prozent. In Pennsylvania dauerte die Auszählung mehrere Tage.



Das Gros der Südstaaten, ein zentrales Ziel deutscher Investitionen des produzierenden Gewerbes, fiel erwartungsgemäß mit klarer Mehrheit an Trump: Alabama (62,3 %), Arkansas (62,7 %), Kentucky (62,7 %), Louisiana (58,5 %), Mississippi (59,3 %), South Carolina (55,2 %) und Tennessee (60,6 %). In Virginia verteidigten die Demokraten ihre Mehrheit mit 53,8 %. Bis zuletzt umkämpft waren hingegen North Carolina und Georgia. Nach derzeitigem Stand geht North Carolina mit 50 Prozent an Trump (Biden: 48,6 %). Biden wiederum holte mit 49,5 Prozent (Trump: 49,3 %) überraschend den extrem konservativen Südstaat Georgia. Beobachter gehen davon aus, dass hierbei die hohe Wahlbeteiligung der afroamerikanischen Bevölkerungsgruppe ausschlaggebend war. Aufgrund des knappen Abstands von rund zehntausend Stimmen wird in Georgia eine Neuauszählung der Stimmen erforderlich.

3. WAS IST VON EINER PRÄSIDENTSCHAFT BIDEN ZU ERWARTEN?

Wirtschafts- und Handelspolitik

Zentrale wirtschaftspolitische Ziele von Biden sind ein umfassendes Infrastrukturprogramm, das auch Aspekte einer ökologischen Transformation integriert, sowie der Schutz und Aufbau der US-amerikanischen Wirtschaft und der Arbeitsplätze in Industrie und produzierendem Gewerbe. Der Autoindustrie in Zeiten von e-Mobilität, Industrie 4.0 und autonomen Fahren kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass er die von Trump zwischenzeitlich kassierten Sicherheits- und Umweltstandards reaktiviert und die USA dem Pariser Klimaschutzabkommen wieder beitrifft.

In der Handelspolitik wird Biden keine völlige Abkehr von der Trump-Politik vollziehen, sondern ebenfalls versuchen, den US-Markt vor Billigimporten aus China und anderen

Ländern weitest möglich zu schützen – allerdings ohne dabei im Stil von Trump wichtige Partner vor den Kopf zu stoßen.

Arbeitnehmerfragen und Gewerkschaften

Zentral für den Kompromiss zwischen Biden und dem linken Flügel der demokratischen Partei waren klare Zusagen, die Rechte von Gewerkschaften und Arbeitnehmern zu verbessern und die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren. Dazu gehört auch eine Anhebung des nationalen Mindestlohns. Selbst wenn Biden durchaus als wirtschaftsfreundlich gilt, sieht er Gewerkschaften als Partner und legitime Interessenvertreter. Das dürfte ihre Handlungsspielräume vergrößern und ihr Gewicht im politischen Diskurs erhöhen.

Joe Biden und die Demokraten im Repräsentantenhaus haben angekündigt, zeitnah eine Reform von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten sowie der Sozialgesetzgebung auf den Weg zu bringen. Bereits eine breite politische Debatte darüber wäre als Fortschritt zu bewerten.

Allerdings lassen es die seit Jahren außerordentlich konfrontativen Beziehungen zwischen Demokraten und Republikanern fraglich erscheinen, dass kurzfristig grundlegende Reformen und Gesetzgebungsverfahren in beiden Kammern des Kongresses eine Mehrheit finden werden. Eher schon ist für die kommenden zwei Jahren bis zur Zwischenwahl 2023 eine Fortsetzung der seit zehn Jahren anhaltenden gegenseitigen Blockadepolitik zu erwarten. Davon betroffen sind sicherlich auch die Vorhaben im Bereich der Sozialgesetzgebung und des Arbeits- und Gewerkschaftsrechts.

Bedeutung für die transatlantische Gewerkschaftsarbeit

Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen in Deutschland könnten von einer stärkeren Position der US-Gewerkschaften mittelbar profitieren, weil der transatlantische Standortwettbewerb, der zulasten von Sozial- und Arbeitsstandards geht, erschwert würde. Die Bereitschaft, Expertise in Bereichen wie (Unternehmens)Mitbestimmung, Berufsausbildung oder Industrie 4.0 anzubieten, würde eine solche Situation befördern.

4. WER HAT WIE GEWÄHLT?

Was war den Wählerinnen und Wählern wichtig?

Wahlnachbefragungen (Exit Polls) erlauben eine erste Einschätzung über das Wahlverhalten und die zugrundeliegenden Motive. Laut einer Exit Poll von CNN am Wahlabend standen bei den Wählern von Biden folgende Themen im Zentrum: ethnische Ungleichheit (91 %), Corona (82 %), Gesundheitspolitik (63 %), Kriminalität und Sicherheit (28 %) und Wirtschaft (17 %). Für die Wähler von Trump war am wichtigsten: Wirtschaft (82%), Kriminalität und Sicherheit (71 %), Gesundheitspolitik (36 %), Corona (14 %) und ethnische Ungleichheit (8 %).

Most important issue to your vote?
15.590 total respondents

	Racial inequality 20%	Coronavirus 17%	The economy 35%	Crime and safety 11%	Health care policy 11%
● Biden	91%	82%	17%	28%	63%
● Trump	8%	14%	82%	71%	36%

Updated 5:26 PM ET, Wed Nov 4, 2020

Die Themen und ihre Gewichtung spiegeln idealtypisch die Kampagnen der Parteien, ihrer Kandidaten und die Berichterstattung ihnen nahestehender Medien wider. Sie dokumentieren, dass die Erwartungen der republikanischen und demokratischen Wähler an die Politik erheblich differieren, was auf eine sehr unterschiedliche Wahrnehmung der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Situation in den USA schließen lässt.

Dies gibt einen Hinweis darauf, warum bei der Wahl nicht die vorhergesagte Wechselstimmung spürbar wurde. Zwar stieg die Wahlbeteiligung insgesamt deutlich an, aber es kam nur zu einer verhältnismäßig kleinen zahlenmäßigen Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse. Lediglich 8 Prozent der Wähler, die 2016 für Trump votierten, so eine weitere Exit Poll, wählten in 2020 für den demokratischen Kandidaten Joe Biden. 4 Prozent der Wähler von Hillary Clinton in 2016 gaben diesmal Trump ihre Stimme.

2016 presidential vote?
15.590 total respondents

	Clinton 40%	Trump 42%	Someone else 5%	Did not vote 11%
● Biden	95%	8%	62%	61%
● Trump	4%	92%	24%	37%

Updated 5:26 PM ET, Wed Nov 4, 2020

Arbeitnehmerhaushalte

Von den Exit Polls ebenfalls infrage gestellt wird die weit verbreitete Annahme, die Wählerschaft von Trump rekrutiere sich vor allem aus Arbeiterhaushalten und der sozialen Unterschicht. Denn zufolge der Nachwahlbefragung votierten Wähler mit einem Einkommen von unter \$50.000 mit 57 Prozent (Clinton 2016: 53%) weit überdurchschnittlich für Biden und nur zu 42 Prozent für Trump (2016: 41%). Selbst in der Einkommensgruppe zwischen \$50.000 und \$99.999 liegt der Anteil der Biden-Wähler noch bei 56 Prozent (Clinton 2016: 46%). Im Durchschnitt aller Wähler gaben bis dato 50,5 Prozent Biden (Clinton 2016: 48%) ihre Stimme.

Income
15.590 total respondents

	Less than \$50,000 35%	\$50,000 to \$99,999 38%	\$100,000 or more 28%
● Biden	57%	56%	43%
● Trump	42%	43%	54%

Updated 5:26 PM ET, Wed Nov 4, 2020

Gewerkschaftshaushalte

Bei den Gewerkschaftern und ihren Angehörigen, zusammengefasst unter der Kategorie „Union Household“, liegt Biden US-weit mit 57 Prozent (Clinton 2016: 51 Prozent) ebenfalls deutlich vor Trump mit 40 Prozent (2016: 42 Prozent). Die Erwartung, dass Biden in dieser Wählergruppe spürbar besser ankommen würde als Clinton, scheint sich somit bewahrheitet zu haben. Dazu kommt, dass das Gros der US-Gewerkschaften aktiv für Biden Wahlkampf betrieben und seine Mitgliedschaft mobilisiert hat.

Union household?
15.590 total respondents

	YES 19%	NO 81%
● Biden	57%	51%
● Trump	40%	48%

Updated 5:26 PM ET, Wed Nov 4, 2020

Afroamerikaner und Hispanics

Trotz der rassistischen Rhetorik Trumps in den vier Jahren seiner Präsidentschaft, stieg laut Exit Polls bei dieser Wahl der Zuspruch aus ethnischen Minderheiten leicht an – wenngleich hervorgehoben werden muss, dass Biden hier dennoch mit sehr großem Vorsprung vorne liegt. So stimmten 32 Prozent der Hispanics (2016: 28 %) und 12 Prozent der Afroamerikaner (2016: 8 Prozent) für Trump.

Race
15.590 total respondents

	White 65%	Black 12%	Latino 13%	Asian 3%	Other racial/ethnic groups 6%
● Biden	42%	87%	66%	63%	58%
● Trump	57%	12%	32%	31%	40%

Updated 5:26 PM ET, Wed Nov 4, 2020

Erste Analysen legen nahe, dass der leicht gestiegene Zuspruch auf die positive Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung bis zur Corona-Krise zurückzuführen sein könnte, von der diese Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich profitieren konnten.



5. WAS FOLGT ALS NÄCHSTES?

Einsprüche und Gerichte

Aufgrund mehrerer Stellungnahmen von Präsident Donald Trump in den letzten Monaten und Tagen ist nicht zu erwarten, dass er den Wahlsieg von Joe Biden widerstandslos hinnehmen wird.

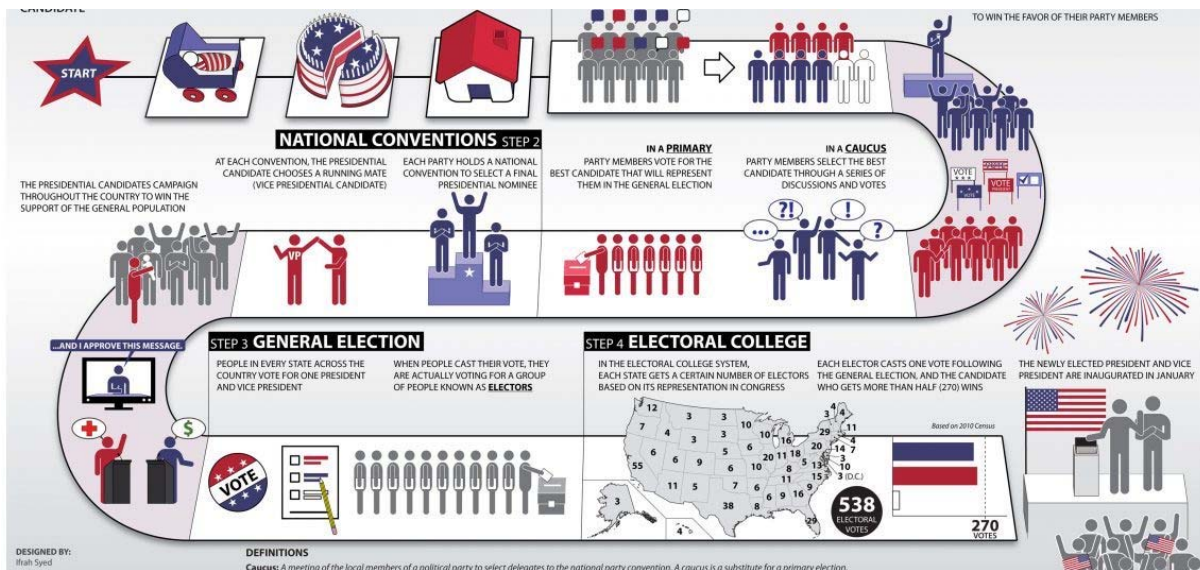


Die angekündigten und bereits eingeleiteten rechtlichen Schritte können die Feststellung eines offiziellen Wahlergebnisses deutlich verzögern. Dies findet zunächst auf Ebene der Bundesstaaten statt. Erst danach kann die Bundesebene, also der Oberste Gerichtshof (Supreme Court), angerufen werden. Deadline für die Beilegung von Einsprüchen ist der 8. Dezember 2020. Derzeit gibt es aber keine hinreichenden Belege dafür, dass es tatsächlich zu bedeutenden Unregelmäßigkeiten gekommen ist.

Electoral College

Das Electoral College hat 538 Mitglieder und tritt 41 Tage nach der Wahl zusammen. In 2020 ist dies am 14. Dezember. Die Electors genannten Mitglieder des Electoral College wählen den Präsidenten, der laut Verfassung bis zu seiner Inauguration offiziell den

Titel „president elect“ trägt. In Medien und Öffentlichkeit wird der Begriff häufig bereits unmittelbar nach der Wahl verwendet.



Inauguration

Am 20. Januar 2021 ist Inauguration Day, also der Tag, an dem die Amtsgeschäfte dem neu gewählten Präsidenten offiziell übergeben werden.